

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 3

Halle (Saale), 10. Februar 1931

12. Jahrgang

## Aus der Staatspartei

### Bezirk Halle-Merseburg

Halle. Vor den Mitgliedern der Ortsgruppe und vielen Freunden aus der näheren Umgebung sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Weber über die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Seine temperamentvollen Ausführungen, sein reiches Wissen auf allen Gebieten und seine volkstümliche und überzeugende Art des Sprechens gewannen ihm, der zum ersten Male in Halle sprach, sofort die Sympathie der Zuhörer. Der leider auch in außenpolitischen Fragen bestehenden Zerrissenheit des deutschen Volkes stellte Dr. Weber die Forderung gegenüber, daß wir uns gerade auf diesem Gebiet als Deutsche fester zusammenschließen müssen, als es bisher der Fall war. Trotz der anfangs herrschenden Skepsis über den Ausgang der Verhandlungen in Genf müsse anerkannt werden, daß das von Curtius geführte Gefecht doch wieder einen Schritt vorwärts bedeute. Wir seien alle überzeugt, daß wir auf die Dauer die Verpflichtungen des Jungplans nicht erfüllen könnten, und diese Ueberzeugung werde sich auch im Auslande mehr und mehr durchsetzen.

Für diese Wegbereitung Sorge auch die katastrophale Wirtschaftskrise, die alle Kulturstaaten in starke Mitleidenschaft ziehe. Die immer weiter um sich greifende Mechanisierung der Wirtschaft habe vielfach eine Außerkraftsetzung der menschlichen Arbeit mit sich gebracht. Wer angesichts der großen Arbeitslosigkeit die weitere Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen wolle, müsse auch unvermeidliche Reformen mit durchführen helfen. Die große Zahl der Arbeitslosen mache heute jede Kontrolle unmöglich. Wolle man bei den Versicherungsbeiträgen richtig verfahren, dann müßte der Saisonarbeiter 17<sup>0</sup>/<sub>10</sub> und der Textilarbeiter 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>0</sup>/<sub>10</sub> zahlen. Unbedingt sprach sich Dr. Weber für eine vorübergehende Senkung der Arbeitszeit aus. Mit treffenden Strichen zeigte er die bisher zur Abhilfe der Not der Landwirtschaft gemachten politischen Fehler. Mit Hochschutzzöllen allein sei keine Abhilfe zu schaffen. Das müsse man auch bei der bisher im Osten betriebenen Politik einsehen lernen. In der gegenwärtigen Notzeit könne keine Regierung ihre Maßnahmen unter dem Gesichtswinkel der Popularität treffen. Das erste Gebot, um über dieses Jahr hinwegkommen zu können, sei rücksichtslos betriebene Sparsamkeit auf allen Gebieten, besonders auch bei den Komunalverwaltungen. Letzteren gegenüber erklärte er offen, daß auch sie an einer Senkung der

städtischen Tarife nicht vorübergehen dürfen. Dr. Weber schloß seine mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem warmen Appell zur Mitarbeit in der Deutschen Staatspartei.

**Hettstedt.** Die mit Minister Dr. Schreiber abgehaltene Versammlung war für die Ortsgruppe und darüber hinaus auch für den Kreisverein ein ganz großer Erfolg. Da die Versammlung an einem Sonntagnachmittag stattfand, waren viele Besucher von auswärts gekommen. Aber auch Hettstedt selbst stellte eine so große Besucherzahl, daß der große Ratskellersaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Niemals hat in den letzten Jahren eine andere bürgerliche Partei einen auch nur annähernd so starken Besuch aufweisen können. Besonders bemerkenswert war auch, daß bei der Zusammensetzung der Besucher alle politischen Parteien und alle Berufsstände vertreten waren und daß trotzdem den Ausführungen des Ministers ungeteilter stürmischer Beifall gezollt wurde.

Am 14. Februar wird Minister Dr. Schreiber in **Naumburg** und am 15. Februar in **Torgau** sprechen.

**Merseburg.** Am 2. Februar sprach hier in einer von der Ortsgruppe veranstalteten öffentlichen Versammlung der Landtagsabgeordnete **Nuschke**. Die Versammlung war gut besucht. Die Ausführungen des Rednes fanden starken Beifall. — Am 9. Februar spricht Abgeordneter **Nuschke** in **Bitterfeld**.

**Bad Schmiedeberg.** Die Ortsgruppe veranstaltet am 10. Februar eine öffentliche Versammlung. Redner: Landrat Dr. **Wandersleb**.

**Alsleben.** In einer von der Ortsgruppe zum 5. 2. einberufenen öffentlichen Versammlung sprach Landrat Dr. **Wandersleb** mit starkem Erfolg.

**Eisleben.** Am 12. Februar spricht in einer von der Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung der Reichstagsabgeordnete, Bundesvorsitzender des G.D.A. **Gustav Schneider**.

**Weißenfels.** Die Generalversammlung der Deutschen Staatspartei fand kürzlich im „**Goldenen Hirsch**“ statt. Der Vorsitzende, Lehrer **Schneider**, gedachte nach der Begrüßung des am 30. Dezember verstorbenen Parteifreundes, Fabrikbesitzer **Müller**, mit ehrenden Worten, sowie der 60 jährigen Wiederkehr des Tages der Reichsgründung am 18. Januar. Im Anschluß erstattete der Geschäftsführer **Wagner** den Jahres- und Kassenbericht. Dieser streifte kurz die wichtigsten politischen Ereignisse des vergangenen Jahres und ging dann auf die Tätigkeit des Ortsvereins, die er als rege und arbeitsame bezeichnete, ein. Es wurden 17 Mitgliederversammlungen, von denen 5 mit Vorträgen, und hiervon einer mit Lichtbildern, verbunden waren, und 1 Vorstandssitzung abgehalten. Weiter wurden 1 Weihnachtsfeier, sowie 1 Sommer- und Kinderfest veranstaltet. Öffentliche Versammlungen fanden 3 statt. (Redner: Reichstagsabgeordneter **Lemmer**, Landeshauptmann Dr. **Hübener** und Frau **Habe**, sowie

Staatsminister Dr. Schreiber.) Der Besuch der Veranstaltungen war gut. Die Versammlung mit Dr. Schreiber sehr stark. Sämtliche Tagungen des Bezirksverbandes sowie der Reichsparteitag in Hannover waren beschickt. Die Kassenverhältnisse können trotz der schweren wirtschaftlichen Lage als geordnet bezeichnet werden. Nach der Entlastung wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

**Halle. Frauengruppe.** In der Frauengruppe sprach kürzlich Frl. Anne Wilke die stellvertr. Direktorin der Berufsschule über „Die Aufgaben der Mädchenberufsschule“, ein Thema, das die Frauengruppe schon häufiger beschäftigt hatte. Die sehr lebendigen Schilderungen über Unterricht und Schülerinnen fesselten die zahlreich erschienen Zuhörerinnen. — Am 19. Februar abends 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr im Nicolaus spricht Frl. Ella Manz über „Der Friedensgedanke in Kinderbüchern des In- und Auslandes“.

### Ein Nationalsozialist spricht im Lyceum der Franckeschen Stiftungen.

In Nummer 4 des in Halle erscheinenden nationalsozialistischen Battes „Der Kampf“ befindet sich ein Bericht mit der Ueberschrift: „Vorwärts in den Schulen — Pg. Nabersberg spricht zur Unterprima der Staatlichen A. H. Franckeschule“. In diesem Bericht, der „Eine Schülerin der UI“ unterzeichnet ist, heißt es u. a..

„Am 20. Januar fand in der Unterprima der Franckeschule ein Diskussionsnachmittag über den Nationalsozialismus statt, an der auch die Direktorin der Anstalt teilnahm. Von den Nationalsozialisten hatte sich der Gauleiter des Schülerbundes zur Aussprache gestellt. — Wir haben verständnisinnig gelächelt, als der Referent uns bei Beginn aufforderte, von jeder Zustimmungskundgebung abzusehen, man könne nie wissen, weshalb dies gut sei. Und manch eine von uns sah sich fragend um, als der Referent sich für schriftliche Zustimmungserklärungen aus dem Klassenkreise bedanken konnte, die ihm bereits zugegangen waren.

Ueber zwei Stunden haben wir diskutiert, wir haben versucht, uns zu verstehen, wir haben eingesehen, daß jenseits aller Humanitätsschwärmereien es noch stolze junge deutsche Menschen gibt, denen Deutschland, ihr Vaterland, mehr ist als die weite Welt.

In großen Zügen zeichnete Gauleiter Nabersberg das Programm der Nationalsozialisten, er verstand es, manche Bedenken zu zerstreuen und tausend Vorurteile zu beseitigen. — Gewiss versuchten die Vertreterinnen des Lehrerinnenkollegiums das Gesagte immer wieder durch Quer- und Gegenfragen abzuschwächen, ob ihnen das gelungen ist, möchte ich bezweifeln. — Als wir auseinander gingen, hat sich wohl jede von uns gesagt, also das sind die verbrecherischen Nationalsozialisten? Wieviel hat man uns vorerzählt und wie wenig hielt einer Prüfung stand.“

Ob der Vorfall sich so, wie er im Bericht geschildert wird, zugetragen hat und besonders darüber, ob eine Schülerin der UI diesen Bericht verfaßt und dem „Kampf“ eingesandt hat, wird die von der Aufsichtsbehörde eingeleitete Untersuchung ergeben. Bemerkenswert ist es jedenfalls, daß die Schriftleitung des nationalistischen Blattes in Form einer ihr angeblich aus der UI zugegangenen Berichtigung die Möglichkeit offen läßt, daß der Bericht nicht von einer Schülerin der betreffenden Klasse stammt. — Ueber das Ergebnis der Untersuchung werden wir unsere Leser unterrichten.

### Krach und Spaltung in der Wirtschaftspartei.

Was seit langer Zeit fällig war, ist jetzt eingetreten. Abgeordnete dieser Partei raufen sich untereinander, wobei der Abg. Colosser dem Parteivorsitzenden, Bäckermeister Drewitz vorwarf, sich auf Kosten der Partei wirtschaftlich bereichert zu haben. Nach langen Hin und Her und nachdem von Partei wegen Schlichtungsversuche unternommen worden waren, hat ein Schiedsgericht getagt und dieses hat zugeben müssen, daß einige Parteioorganisationen schon seit einiger Zeit einen Wechsel in der Parteileitung gewünscht hätten. Das ist für Herrn Drewitz nicht sehr empfehlend. Inzwischen haben sich die Dinge weiter zugespitzt. Abg. Colosser ist aus der Wirtschaftspartei ausgetreten und zwar, wie er in seinem Schreiben an die Parteileitung erklärte, weil er nicht mehr einer Partei angehören wolle, in der eine Mehrheit der Verantwortlichen kein Reinigungsbedürfnis besitze. Er scheidet aus der Partei aus, weil er noch Reinlichkeitsgefühl habe.

Besonders bemerkenswert ist es, daß auch im Wahlkreise Halle-Merseburg der Führer der Wirtschaftspartei im Provinziallandtag der Prov. Sachsen, Bürgermeister Dr. Baumgardt-Delitzsch seinen Austritt aus der Wirtschaftspartei erklärt hat. Er begründet seinen Austritt mit einem ausführlichen Schreiben an die Parteileitung, in dem er auf die Zerfahrenheit des parlamentarischen Kurses der Wirtschaftspartei hinweist. Es ist anzunehmen, daß der Austritt Dr. Baumgardt's weitere Kreise ziehen wird. Dr. Baumgardt ist bekanntlich auch führendes Vorstandsmitglied des Städtebundes der Provinz Sachsen und Anhalt. Auch dem Kreistag und Kreisausschuß gehörte er an.

Auch ganze Wahlkreise haben der Partei den Rücken gekehrt. So erklärten die drei sächsischen Wahlkreise der Wirtschaftspartei auf einer Tagung in Dresden, daß sie jegliche Beziehungen zur Partei abbrechen.

Die hallesche Ortsgruppe verlangt zwar erst noch ein Schiedsgericht unter dem ehemaligen Reichsjustizminister Bredt. Aber, selbst wenn dem stattgegeben wird, zu helfen ist dieser Partei, in der sich derartige Skandale abspielen, nicht mehr. Sie hat bisher den größten Teil ihrer Mitglieder aus den Kreisen der Kleingewerbetreibenden geholt, die gerade in der gegenwärtigen Notzeit sehr schwer um ihre Existenz ringen müssen. Man kann nicht annehmen, daß diese Kreise dafür Verständnis haben, daß sich der Parteivorsitzende als Bäckermeister den Bau einer komfortabel eingerichteten Villa leistet.

Mag nun dieser häusliche Zwist, der eine besonders häßliche Note dadurch erhält, daß er in einer sogenannten Wirtschaftspartei zum Austrag kommt, ausgehen, wie er will. Für die Öffentlichkeit steht jedenfalls schon heute fest, daß Männer, die sich heute vor Parteigerichten anfeinden, und sich morgen vor den ordentlichen Gerichten gegenüberstehen, niemals zu »Führern« herufen worden wären, wenn ihnen nicht eine von Schlagworten hypnotisierte Wählermasse zu Mandaten verholfen hätte.

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

## Aus der Staatspartei

### Bezirk Halle-Merseburg

Minister Dr. Schreiber in Naumburg und Torgau. Im überfüllten „Schützenhaus“-Saal in Naumburg sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Staatspartei.

Dr. Schreiber führte unter anderem aus: Die Wirtschaftskrise und die Wirtschaftsfrage sind für unser Volk von besonderer Bedeutung. Die Grundtatsachen unserer Wirtschaftskrise sind: Die 5 Millionen Arbeitslose, die geschäftlichen Zusammenbrüche, die 2 Milliarden für innere Lasten, die 3,8 Milliarden für Kriegslasten. Zehn Prozent mehr Menschen müssen sich teilen in das Einkommen, was der Staat 1913 besessen hat. Dazu kommen die Lasten und Verzinsung der vom Ausland hereingenommenen Kredite. Wer die Zeit nicht versteht, die Verhältnisse nicht zu meistern weiß, kommt darin um. Wenn Europa, als Ganzes betrachtet, die Weltwirtschaftskrise nicht zu überwinden sucht, muß es naturgemäß zusammenbrechen. Zur Ankurbelung der Wirtschaft dienen zunächst kleinere Maßnahmen, wie Wohnungsbau, Beseitigung der hohen Zinslasten, Beschäftigung von inländischen Arbeitern in der Landwirtschaft, Arbeitsstreckung, Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr als Notmaßnahme. Die Hauptaufgabe zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bildet der Preisabbau und alle Zusammenhänge damit. Es gibt keinen Gehalts- und Lohnabbau, wenn nicht der Preisabbau damit Hand in Hand geht. Nur dadurch kann die Produktion verbilligt werden. Kein Mensch spricht davon, was die Regierung bisher getan hat, von den gesenkten Steuern, der Nothilfe für die Landwirtschaft, Befreiung des Rheinlandes usw. Die Nationalsozialisten und Hugenberg bringen es fertig, das Volk zu verhetzen, die Volksgenossen voneinander zu trennen, alle Maßnahmen der Regierung zu beschimpfen, Minister und Führer verächtlich zu machen. Wo sind die Männer aus dem Volk, die hier einspringen, aufklären und den Massen klarmachen, daß wir alle Glieder eines Volkes und auf Gnade und Verderben aufeinander angewiesen sind. Nach dem Minister richtete Frau Habe-Halle beherzigenswerte Worte an die Frauen.

Am nächsten Tage fand in Torgau eine gleich stark besuchte und eindrucksvolle Kundgebung mit Dr. Schreiber als Redner statt. Auch hier sprach Frau Habe zu den Frauen.

Halle. Der 1. am 10. Februar in Müllers Hotel abgehaltene **Ausspracheabend** war verhältnismäßig gut besucht. In zwangloser Weise unterhielten sich die Erschienenen über politische und komunalpolitische Gegenwartsfragen, wobei gerade die letzten Vorkommnisse auf dem komunalpolitischen Gebiet zu einem regen Meinungsaustausch führten. Der Wunsch nach Fortsetzung dieser Zusammenkünfte machte sich allgemein geltend. Der nächste Abend findet am 10. März, abends 8<sup>1/4</sup>

Uhr im Zentral-Hotel, Talamtstraße 6, statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

**Halle.** Am 18. 2. sprach Frau Habe im „Verband jüdischer Staatsbürgerinnen“ über das Thema: „Warum muß sich die Frau mit Politik beschäftigen?“. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Aussprache. Der Besuch war sehr gut.

**Eilenburg.** Am 4. März spricht Herr Stadtrat Dr. Hiller-Halle in einer von der Ortsgruppe veranstalteten Versammlung über das Thema „Aufgaben und Tätigkeit der Deutschen Staatspartei“. — Am Sonnabend, dem 14. März, folgt eine große öffentliche Kundgebung, zu der Herr Minister Dr. Schreiber den Vortrag übernommen hat.

**Eisleben.** Die republikanischen Parteien hielten am Sonntag, dem 22. Februar, dem Gründungstage des Reichsbanners, eine eindrucksvolle öffentliche Kundgebung ab. Starke Staffeln des Reichsbanners aus der näheren Umgebung mit Spielmannszügen und Teile der Reichsbannerformation Halle gaben der Veranstaltung ein wuchtiges Gepräge. Besonderen Eindruck machte die vom Reichsbanner gebildete neue Schutzformation. Ausgesucht junge kräftige Menschen in einheitlicher Kleidung, aber ohne jedes Ausrüstungsbeiwerk, zeigten in Haltung und Ausdruck, daß ihre Durchbildung als erstes Aufgebot zum Schutz der Republik gelungen ist. Der Marsch durch die Stadt erfolgte unter Vorantritt der uniformierten Reichsbannerformationen unter Anschluß einer sehr starken Zahl von Männern der republikanischen Parteien aus der Stadt selbst. Auf dem Marktplatz am Luther-Denkmal nahmen dann die Teilnehmer des Zuges Aufstellung. Hier hielt zunächst der zweite Vorsitzende des Gauvorstandes Dornblüth-Halle die Ansprache. Unter Hinweis auf den Ernst der Zeit hob er den Willen des Reichsbanners, jeden Versuch zur Störung des inneren Friedens zurückzuschlagen, als nationale Gesinnung und Bereitschaft zum Dienst an Volk und Vaterland hervor. Auf das Geschrei „Deutschland erwache“ antworteten die Republikaner mit dem Ruf „Republik erwache! Republik faß zu!“ Er dankte der republikanischen Regierung Preußens für die Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit für Tausende im Mansfelder Lande. Der Ruf „Frei Heil der Deutschen Republik und ihren Farben“ fand begeisterte Aufnahme.

Bei der Ansprache machten sich einige jugendliche Werwolf-Schreier bemerkbar. Sie wurden schnell zum Verschwinden veranlaßt. Nach einem Rückmarsch zum Sammelplatz erfolgte die Auflösung der Züge. Unter den Einwohnern von Eisleben zeigte sich eine erfreuliche Anteilnahme an der Kundgebung. Große Menschenmassen säumten die Straßen und den Marktplatz.

**Eisleben.** Am 12. Februar sprach Reichstagsabgeordneter und Führer des G. d. A., Schneider-Berlin, in Eisleben im Rahmen einer öffentlichen Versammlung der Staatspartei über das Thema

„Deutschland erwache!“, Selbstmord oder Aufbauwille im Krisenjahre 1931. Redner legte in sehr geschickter Weise die Ursachen der heutigen politischen und wirtschaftlichen Krise dar und zeigte, wie allein sachliche Arbeit und der Wille, auch schwere Opfer zu bringen, den Aufstieg des deutschen Volkes ermöglichen. In schärfster Weise griff er die Nazis und ihr Gefolge, die Deutschnationalen an, ohne daß die anwesenden Vertreter dieser Parteien sich gegen die Angriffe gewehrt hätten. Die Versammlung hat gezeigt, daß zielbewußte Arbeit und unerschrockenes Angreifen Erfolg hat. Im März wird der dritte Aufklärungsabend stattfinden.

**Bitterfeld.** Am 18. Februar fand die Februar-Monatsversammlung der Deutschen Staatspartei statt. Der II. Vorsitzende, Fischer, gab Bericht über die Bezirksvertretertagung in Halle. Es handelte sich hauptsächlich um Organisations- und Agitationsfragen. Mit besonderer Befriedigung begrüßt die Ortsgruppe, daß sich der Reichstag zu Aenderungen seiner Geschäftsordnung entschlossen hat und sieht darin einen entschiedenen Schritt zur Wahrung und Förderung seines Ansehens und seiner Würde und ein Bekenntnis zu ruhiger, gefestigter Sachlichkeit.

Die Ortsgruppe Bitterfeld der Deutschen Staatspartei veranstaltete kürzlich im Hotel Döring einen Aufklärungs- und Ausspracheabend. Stadtrat Dietrich eröffnete die Versammlung und erteilte dem Redner des Abends, Landtagsabgeordneten Otto Nuschke-Berlin, das Wort zu seinen Ausführungen über das Thema „Was uns noch retten kann“. Der Redner ging von der großen Wirtschaftsnot aus, für die er drei Gründe als Ursachen angab: Die ungeheuerere Steigerung der Produktion, das Ersetzen der Menschenkraft durch Maschinen und die Verarmung der Welt durch den Krieg. Nicht nur bei uns sei diese Not vorhanden, sondern auch in anderen Staaten. Die Wirtschaft vertrage keine Einmischung der Politik. Aber die Besserungsmöglichkeiten seien zerschlagen worden durch das Anwachsen des Radikalismus. Unter dem Blickpunkte des Nationalsozialismus behandelte dann der Redner Fragen der Innen- und Außenpolitik, das Arbeitslosenproblem, die Notverordnung und das Volksbegehren. Eine Inflation größten Stils würde die Wirtschaft der Nationalsozialisten bringen. Er kennzeichnete dann die Stellung Hitlers und des Stahlhelms zu Hervé, Mussolini und Lord Rothermere, und streifte dann Ludendorffs Broschüre „Weltkrieg droht“. Deshalb, so schloß er, sei es nötig, frei zu sein vom Radikalismus mit seinen Schlagworten. Keine Revision sei möglich ohne Vernunft. Da keine Wortmeldungen aus der Versammlung einliefen, schloß Stadtrat Dietrich mit Dankesworten an den Redner den Ausspracheabend.

**Falkenberg.** Die Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei hielt kürzlich ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Rektor Wunderlich, gab den Jahresbericht. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Programm und die bisherige Parlamentsarbeit der Partei sich noch mehr Eingang verschaffe in die

politische Gedankenwelt der Wähler, um bei späteren Wahlen der Partei ein festes Gefüge zu geben, daß die Forderungen der Parlamentsmitglieder nicht achtlos überhört werden. Der Kassenbericht zeigte, daß trotz des Wahlkampfes ein zufriedenstellender Ueberschuß vorhanden ist. Das Vertrauen zu den Vorstandsmitgliedern hatte sich bewährt, es erfolgte deshalb einstimmig die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Den Rahmen für die nur rein geschäftlichen Punkte der Tagesordnung gab die Festansprache zum 60. Reichsgründungstag und zur Gründung der Deutschen Staatspartei.

Parteifreund, Konrektor Günther, entrollte den Entwicklungsgang zur deutschen Freiheit und Einheit von 1800—1870. Rektor Wunderlich betonte in seiner Ansprache die Notwendigkeit der Gründung der Deutschen Staatspartei als Sammelbecken des liberalen Bürgertums.

### Notzeitforderungen der Gewerkschaften

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine H.-D. fordert von der Reichsregierung und dem Reichstage baldige energische gesetzliche Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit durch möglichst weitgehende Einschränkung der Beschäftigung von Doppelverdienern, soweit nicht für sie der Nachweis einer Erwerbsbedürftigkeit erbracht wird.

Dieses Ziel muß erreicht werden:

1. Durch eine Verschärfung des Pensionskürzungs-Gesetzesentwurfs, der eine Kürzung des Ruhegeldes vorsehen muß, und zwar in dem Umfange, in welchem das Gesamteinkommen aus Beschäftigung und Pension das frühere Dienst-einkommen übersteigt.
2. Durch ein Verbot bzw. eine Zurückziehung der Genehmigung zur Uebernahme außerdienstlicher Nebenarbeiten für alle Beamten.
3. Durch ein Gesetz, das die Einstellung von Pensionären und Wartegeldempfängern nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis möglich macht. Die Einstellung darf aber nur erfolgen, wenn andere geeignete Arbeitskräfte nicht gemeldet sind und wenn die Bezüge der Pensionäre einen gewissen Existenzgrad nicht erreichen.
4. Auch die Beschäftigung von Ehefrauen muß eine Einschränkung erfahren, soweit deren Ehemänner ein festzusetzendes Einkommen, Mindesteinkommen haben. Die Erschwerung der Beschäftigung kann durch eine Sonderbelastung in Form eines Sonderbeitrages zur Arbeitslosenversicherung für diese beschäftigten Ehefrauen, die nicht als erwerbsbedürftig anzusehen sind, erzielt werden.

---

Die vorliegende Ausgabe erscheint als Doppelnummer 3 und 4 infolge technischer Schwierigkeiten bei der Herstellung der „Blätter der Staatspartei“ in Berlin.

---

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 3

Halle (Saale), 10. Februar 1931

12. Jahrgang

## Aus der Staatspartei

### Bezirk Halle-Merseburg

Halle. Vor den Mitgliedern der Ortsgruppe und vielen Freunden aus der näheren Umgebung sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Weber über die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Seine temperamentvollen Ausführungen, sein reiches Wissen auf allen Gebieten und seine volkstümliche und überzeugende Art des Sprechens gewannen ihm, der zum ersten Male in Halle sprach, sofort die Sympathie der Zuhörer. Der leider auch in außerpolitischen Fragen bestehenden Zerrissenheiten über die Forderung des Gebiets als Deutsche bisher der Fall war. Er den Ausgang der werden, daß das von den Schritt vorwärts auf die Dauer die könnten, und diese de mehr und mehr

katastrophale Wirt-  
leidenschaft ziehe,  
nisierung der Wirt-  
g der menschlichen  
der großen Arbeits-  
sozialversicherungen  
n mit durchführen  
mache heute jede  
sicherungsbeiträgen  
weiter 17% und der  
sch sich Dr. Weber  
beitszeit aus. Mit  
r Abhilfe der Not  
Fehler. Mit Hoch-  
naffen. Das müsse  
nen Politik einsehen  
keine Regierung  
er Popularität tref-  
hinwegkommen zu  
keit auf allen Ge-  
altungen. Letzteren  
einer Senkung der

